

Jürgen Mittag/Maren Zellin

## Grenzen der Koordination europäischer Gewerkschaftspolitik: Die Episode der Abteilung *Europäische Integration* des DGB (1972–1975)

Während die europäische Integration in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre noch von der Krise um die Politik des leeren Stuhls, von Auseinandersetzungen um die politische Dimension europäischer Einigung und von Querelen um den britischen EG-Beitritt überschattet war, kam es zu Beginn der 1970er Jahre zu einer Neubelebung des europäischen Einigungsprozesses.<sup>1</sup> Eine wichtige Rolle spielten dabei die Gipfeltreffen von Den Haag (Dezember 1969) und Paris (Oktober 1972), auf denen nicht allein Ideen wie eine europäische Wirtschafts- und Währungsunion zur neuen Zielmarke erhoben wurden, sondern sich auch eine neue Form der politischen Koordinierung durch die Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs abzeichnete. Im Vorfeld der Pariser Gipfelkonferenz – des insgesamt erst fünften Treffens dieser Art in der europäischen Integrationsgeschichte – wandte sich der seinerzeitige DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter am 8. September 1972 mit einem persönlichen Schreiben an Bundeskanzler Willy Brandt. Vetter informierte den Bundeskanzler in seinem Brief über die Erwartungen des DGB an die Europapolitik der Bundesregierung und erläuterte:

„Die europäischen Gewerkschaften sind heute (...) im Begriff, sich im Zuge der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft neue – supranationale – Organisationsformen zu geben und sich im Interesse einer gemeinsamen europäischen Politik ungeschützt einem einheitlichen Willen zu unterwerfen. Das ist umso bemerkenswerter, als die großen Gewerkschaften der beitretenden Staaten der europäischen Integration ablehnend oder zumindest skeptisch gegenüberstehen. (...) Die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion, die die Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten noch enger miteinander verbindet, wird die Aktionsmöglichkeiten der europäischen Wirtschaft – teilweise auf Kosten der Arbeitnehmer – erheblich erweitern. Die europäischen Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften – in den Gründerstaaten der Europäischen Gemeinschaft ebenso wie in den beitretenden Staaten – können daher eine Vertiefung der wirtschaftlichen Integration ohne eine soziale Integration Westeuropas nicht mehr länger unterstützen. Diese Haltung sollte Ihr Verständnis finden, denn die Arbeitnehmer werden von den Folgen regionaler

1 Vgl. zur historischen Einordnung dieses bisher erst in Ansätzen untersuchten Zeitabschnittes europäischer Integration allgemein Gerhard Brunn: *Die europäische Einigung von 1945 bis heute*, Stuttgart 2002, S. 179–183; Desmond Dinan: *Europe recast. A history of European Union*, Basingstoke (u. a.) 2004, S. 169–187; Franz Knipping: Rom, 25. März 1957. *Die Einigung Europas*, München 2004, S. 156–202; Michael Gehler: *Europa: Ideen, Institutionen, Vereinigung*, München 2005, S. 207–214 und Jürgen Mittag: *Kleine Geschichte der Europäischen Union. Von der Europaidee bis zur Gegenwart*, Münster 2008, S. 123–165.

und struktureller Fehlentwicklungen und der Konzentration von Kapital und Unternehmen, die mit der wirtschaftlichen Integration unvermeidlich verbunden sind, am empfindlichsten getroffen.“<sup>2</sup>

Im weiteren Verlauf des Schreibens betonte Vetter, dass die Arbeits- und Lohnbedingungen in der Europäischen Gemeinschaft schrittweise angeglichen werden sollten. In diesem Zusammenhang erhob er die Forderung, dass nicht nur europäische Sozialgesetze angestoßen, sondern zugleich auch die Institutionen der Gemeinschaft reformiert werden müssten – namentlich dem Wirtschafts- und Sozialausschuss sollte ein Initiativrecht eingeräumt werden. Eine Woche nach dem Brief Vettters an Willy Brandt erschien im DGB-Nachrichten-Dienst ein Artikel über die „Gewerkschaftlichen Forderungen an die EWG-Gipfelkonferenz“. In diesem Beitrag wurde der gewerkschaftliche Forderungskatalog nochmals detailliert dargelegt und erläutert, warum man auf einen sozialen Stufenplan als Gegengewicht zur europäischen Wirtschafts- und Währungsunion setze.<sup>3</sup>

Das Schreiben Heinz Oskar Vettters und der darauf basierende Artikel im DGB-Nachrichten-Dienst sind charakteristisch für die Haltung der deutschen Gewerkschaft gegenüber der europäischen Integration in den frühen 1970er Jahren. Die Dokumente verdeutlichen einerseits die europapolitischen Forderungen, die seitens der deutschen Gewerkschaften erhoben wurden, sie zeugen andererseits aber auch von der wachsenden Aufmerksamkeit, die der Politikgestaltung auf europäischer Ebene zu Beginn der 1970er Jahre von den Gewerkschaften entgegengebracht wurde.<sup>4</sup> Namentlich die zweite Perspektive bildet auch den Ausgangspunkt dieses Beitrags, der im Rahmen einer Fallstudie der Frage nachgeht, welche Reaktionen und Anpassungsstrategien die deutschen Gewerkschaften angesichts der Herausforderungen der europäischen Integration in dieser Zeitphase entwickelten.

Bereits im Vorfeld des Schreibens an Brandt hatte sich der DGB unter der Federführung von Heinz Oskar Vettters persönlichem Referenten Anton Müller-Engstfeld um eine engere Abstimmung mit dem Kanzleramt bemüht. Am 8. August 1972 hatte zu diesem Zweck mit Katharina Focke, Staatssekretärin im Bundeskanzleramt für Europapolitik, ein Treffen stattgefunden, zu dem auch Vertreter des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung hinzugezogen wurden. Schon bei dieser Zusammenkunft hatte der DGB seine Standpunkte und Erwartungen hinsichtlich des Pariser Gipfels ausführlicher dargelegt.<sup>5</sup> Zugleich hatte dieses Treffen aber auch gezeigt, dass es eine ganze Reihe von Problemfeldern gab, in denen sich der DGB und die Einzelgewerkschaften weder auf eine eindeutige noch eine einhellige

2 Heinz Oskar Vetter an Willy Brandt, 8. September 1972, AdsD, DGB-Archiv, Abteilung Europäische Integration, 5/DGAJ000227.

3 DGB-Nachrichten-Dienst vom 15. September 1972, in: AdsD, DGB-Archiv, Abteilung Europäische Integration, 5/DGAJ000215.

4 Vgl. zum Hintergrund auch Roman Kirt (Hg.): Die Europäische Union und ihre Krisen, Baden-Baden 2001 und Ludger Kühnhardt (Hg.): Crises in European Integration. Challenges and Responses, 1945–2005, London 2009.

5 Siehe hierzu das interne Rundschreiben von Volker Jung an die DGB Abteilungen vom 30. August 1972. AdsD, DGB-Archiv, Abteilung Europäische Integration, 5/DGAJ000215.

Position verständigt hatten. Vor allem hinsichtlich der Zusammenarbeit der Arbeitsmarktverwaltungen, der Harmonisierung des Tarifvertragsrechts und der Umsetzung einer sozial geprägten Strukturpolitik gelang es den im DGB organisierten Gewerkschaften bis kurz vor dem Gipfel nicht, einen einheitlichen Standpunkt festzulegen.<sup>6</sup>

Damit spiegelte dieses Treffen in aller Deutlichkeit jenes grundsätzliche Problem wider, auf das der DGB mit einer Organisationsreform im Zuge des 9. ordentlichen Bundeskongresses im Juni 1972 bereits versucht hatte, zu reagieren: Wie sollte der DGB seine europapolitischen Aktivitäten strukturell organisieren und angesichts der immer wichtigeren, zugleich aber auch immer vielschichtigeren Bereiche der Europapolitik koordinieren? Im Juli 1972 war die Gründung einer eigenen Abteilung *Europäische Integration* im Rahmen der von Alfons Lappas geleiteten Abteilung Finanzen beschlossen worden, die unabhängig von den Zuständigkeiten der – weiterhin bestehenden und direkt dem DGB Vorsitzenden zugeordneten – Internationalen Abteilung eigene Kompetenzen in Fragen der Europapolitik erhielt. Verbunden mit der Einrichtung der Abteilung *Europäische Integration* war nicht nur die Intention einer stärkeren Mitwirkung der Gewerkschaften – namentlich des DGB – an der allgemeinen Europapolitik, sondern auch das Bemühen um eine effizientere Koordinierung innerhalb der Gewerkschaften in spezifischen europabezogenen Problemfeldern. Da die Abteilung *Europäische Integration* jedoch schon drei Jahre später, im Herbst 1975, wieder aufgelöst wurde, scheint der Vorstoß des DGB wenig erfolgreich gewesen zu sein und die ursprüngliche Hoffnung auf eine effizientere gewerkschaftsinterne Abstimmung sich nicht realisiert zu haben.

Mit Blick auf die hier beschriebene Problemkonstellation zielt der vorliegende Beitrag darauf, die Hintergründe und Motive zu untersuchen, die sowohl der Errichtung als auch der Auflösung der Abteilung *Europäische Integration* im DGB zugrunde liegen. Mit diesem thematischen Zugang wird ein bisher weitgehend ausgeblendeter Aspekt zeitgeschichtlicher Forschung – die Reaktionen und Anpassungsprozesse bundesdeutscher Gewerkschaften auf den europäischen Einigungsprozess – untersucht. Unter dem schillernden und sowohl in der öffentlichen wie der (politik-)wissenschaftlichen Debatte mittlerweile fast inflationär gebrauchten Begriff „Europäisierung“ sind entsprechende Forschungen in den vergangenen Jahren zunehmend betrieben worden, um vor allem die Auswirkungen der europäischen Integration auf die einzelnen Nationalstaaten zu untersuchen, aber auch um die Strategien zu analysieren, mit denen einzelne Akteure auf die Herausforderungen der europäischen Integration reagiert haben.<sup>7</sup> Dabei hat sich vor allem die Auffassung behauptet, dass als

6 Vgl. hierzu auch den Beitrag von Stephan Seifen in diesem Heft.

7 Vgl. aus der Bandbreite der Forschungslandschaft vor allem die grundlegenden Beiträge von Johan P. Olsen: *The Many Faces of Europeanization*, in: *Journal of Common Market Studies* 40 (2002), S. 921–952; Roland Sturm, *Was ist Europäisierung? Zur Entgrenzung und Einbindung des Nationalstaats im Prozess der europäischen Integration*, in: Ulrich Haltern/Ingolf Pernice/Gunnar Folke Schuppert (Hg.): *Europawissenschaft*, Baden-Baden 2005, S. 101–127; Paolo Graziano/Marten van Fink (Hg.): *Europeanization. New Research Agendas*, Houndmills 2006 und Karin Auel: *Europäisierung nationaler Politik*, in: Hans-Jürgen Bieling/Marika Lerch (Hg.): *Theorien der europäischen Integration*, 2. Aufl., Wiesbaden 2006, S. 293–320.

Europäisierung „a process of domestic political change caused (somehow) by processes of European integration“ verstanden wird.<sup>8</sup> Während die Politik der einzelnen nationalstaatlichen Regierungen in den unterschiedlichen Phasen europäischer Einigung in diesem Zusammenhang bereits seit längerem einen zentralen Ankerpunkt der Integrationsforschung darstellt,<sup>9</sup> sind Verbände und Gewerkschaften hingegen kaum im Hinblick auf ihre europapolitischen Aktivitäten untersucht worden.<sup>10</sup> Analysen zur Europäisierung stellen in diesem Zusammenhang ein Desiderat wissenschaftlicher Forschung dar.<sup>11</sup> Wenn im Spektrum der nicht-gouvernementalen Akteure überhaupt entsprechende Forschungen unternommen wurden, dann fast durchweg in Hinblick auf programmatische Fragen und inhaltliche Positionen.

Der vorliegende Beitrag setzt hier andere Akzente, da er insbesondere die Organisationsstrukturen und innerverbandliche Problemverarbeitungsprozesse in den Mittelpunkt stellt, ohne inhaltliche Positionen gänzlich auszublenden. Mit der Konzentration auf die Abteilung *Europäische Integration* des DGB wird der Blick dabei auf einen Detailausschnitt gelenkt, der in einer Fallstudie, wie unter einem Brennglas, die Chancen und Grenzen der strukturellen Anpassungsprozesse des DGB besonders eindringlich hervorzuheben vermag.

Als Quellengrundlage dienen dabei in erster Linie die Aktenbestände der Abteilung *Europäische Integration* des DGB, die sich im Archiv der sozialen Demokratie in Bonn befinden.<sup>12</sup> Insgesamt umfassen die Bestände der Abteilung *Europäische Integration* 75 Einheiten, die im Zuge einer späteren Revision überwiegend in die Bestände der Internationalen Abteilung eingegliedert wurden. Weitere Akten der Abteilung *Europäische Integration* finden sich auch in den Akten des Sekretariats Karl Schwab, des Leiters der Abteilung Organisation und Verwaltung des DGB, und im Bereich Vorstand.<sup>13</sup>

8 Maarten P. Vink: What is Europeanisation? And Other Questions on a New Research Agenda, in: *European Political Science* 1 (2003), S. 63–74, hier S. 72.

9 Vgl. etwa Michèle Knodt/Beate Kohler-Koch (Hg.): *Deutschland zwischen Europäisierung und Selbstbehauptung*, Frankfurt am Main/New York 2000.

10 Siehe für die wenigen Ausnahmen Thomas Fetzner: *Europäische Strategien deutscher Gewerkschaften in historischer Perspektive*, in: Michèle Knodt/Barbara Finke (Hg.): *Europäische Zivilgesellschaft. Konzepte, Akteure, Strategien*, Wiesbaden 2005 und Wolfram Kaiser: *Europäisch und pragmatisch: Der Bundesverband der Deutschen Industrie, Europa und die Welt 1949–1973*, in: Werner Bühner/Edgar Grande (Hg.): *Unternehmerverbände und Staat in Deutschland*, Baden-Baden 2000, S. 119–131.

11 In jüngster Zeit ist in ersten Ansätzen vor allem die Europäisierung von nationalen Parteien untersucht worden. Vgl. Thomas Poguntke et al. (Hg.): *The Europeanization of National Political Parties. Power and organizational adaption*, London (u. a.) 2007.

12 Die Quellenerhebung beruht auf den Ergebnissen der Bochumer Examensarbeit von Maren Zellin. Siehe des Weiteren auch den Quellenbericht von Klaus Mertsching in diesem Heft.

13 Die Akten der Abteilung *Europäische Integration* beinhalten neben der Korrespondenz mit einzelnen Politikern und Institutionen noch Zeitungsartikel, Beiträge aus dem internen Nachrichtendienst des DGB, eine intensive Korrespondenz mit dem EGB über unterschiedliche europapolitische Fragen und Projekte sowie ferner Protokolle und interne Schreiben.

## Entwicklungslinien europapolitischer Organisationsstrukturen im DGB

Nicht zuletzt die vorangegangenen Beiträge dieses Heftes zeigen, dass die europäische Integration nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zwar häufig eine wichtige, nie jedoch eine herausragende Rolle für den DGB und die Einzelgewerkschaften gespielt hat. Dies spiegelte sich auch in den Organisationsstrukturen wider. Ludwig Rosenberg, der bereits als Gewerkschaftssekretär im Zonensekretariat in Bielefeld und im Gewerkschaftsrat angesichts seiner hervorragenden Englischkenntnisse und der Verbindungen zu den alliierten Militärbehörden zahlreiche „Außenkontakte“ im Rahmen seiner primär wirtschaftspolitisch ausgerichteten Aktivitäten übernommen hatte, wurde nach Gründung des DGB in der britischen Zone zu einem der wichtigsten außenpolitischen Protagonisten der Gewerkschaften.<sup>14</sup> Gemeinsam mit Kollegen wie Werner Hansen führte er die Kontakte zum britischen TUC,<sup>15</sup> engagierte sich aber auch in der Europäischen Bewegung, die als wichtigste europäische Vorfeldorganisation den Gedanken der europäischen Integration vor allem gesellschaftlich zu verankern versuchte.<sup>16</sup>

Als im Oktober der 1949 der DGB gegründet wurde, übernahm Rosenberg im Geschäftsführenden Bundesvorstand die Leitung der Hauptabteilung Ausland.<sup>17</sup> In dieser Funktion war er sowohl an der Neuorganisation des „Auswärtigen Dienstes“ der Gewerkschaften beteiligt – u. a. durch die Herausgabe der Auslands-Nachrichten des DGB – als auch an deren zahlreichen europabezogenen Aktivitäten.<sup>18</sup> Die eigentliche europapolitische Tagesarbeit wurde jedoch weniger von der Auslandsabteilung als vielmehr von den Referenten übernommen, deren Fachabteilungen unmittelbar von den einzelnen europabezogenen Aktivitäten betroffen waren. In der Außendarstellung sowie in übergeordneten Angelegenheiten wurde jedoch vor allem Rosenberg als maßgeblicher Europapolitiker der Gewerkschaften wahrgenommen. Auch nach seinem Wechsel im Jahr 1954 an die Spitze der wirtschaftspolitischen Abteilung, die er bis 1962 leitete, blieb er europapolitischen Fragen stets interessiert zugewandt. Dies dokumentierte u. a. auch die Übernahme des Präsidentenamts des 1958 im Zuge des EWG-Vertrags eingerichteten Wirtschafts- und Sozialausschusses. Als Rosenberg 1962 in der Nachfolge Willi Richters zum DGB-Vorsitzenden gewählt wurde, widmete er der Europapolitik weiterhin große Aufmerksamkeit, obwohl seine europabezogenen Aktivitäten in dieser Zeitphase unter der Mehrfachbelastung litten.<sup>19</sup> Erschwerend kam hinzu,

- 14 Vgl. hierzu Frank Ahland: Ludwig Rosenberg. Der Bürger als Gewerkschafter, Diss. Universität Bochum 2002, S. 353.
- 15 Vgl. zu den „Westernisierern“ im DGB Anselm Doering-Manteuffel: Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999, S. 97f.
- 16 Vgl. Jürgen Mittag: Die Europäische Bewegung in Deutschland (1949–2009): Vom Honoratiorenkreis zur organisierten Zivilgesellschaft, in: Ursula Bitzegeio/Anja Kruke/Meik Woyke (Hg.): Solidargemeinschaft und Zivilgesellschaft, Festschrift für Michael Schneider, Bonn 2009, S. 343–382, vor allem S. 165f.
- 17 Vgl. Julia Angster: Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB, München 2003, v. a. S. 239.
- 18 Siehe zu weiteren Details v. a. den Beitrag von Stefan Remeke in diesem Heft.
- 19 Vgl. als Beleg Ludwig Rosenberg: Sinn und Aufgabe der Gewerkschaften. Tradition und Zukunft, Düsseldorf/Wien 1973, v. a. S. 273–289.

dass nach de Gaulles Politik des leeren Stuhls die Europapolitik in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre insgesamt deutlich an Dynamik verlor und kaum noch substanzielle politische Fortschritte zu erzielen waren. Es blieb Rosenbergs Nachfolger Heinz Oskar Vetter vorbehalten, im Zuge der Neubelebung der Europapolitik im Rahmen des Haager Gipfels 1969 neue Aktivitäten zu entfalten.

### **Europapolitische Doppelstrategie: Transnationale Vernetzung und nationale Koordinierung**

Die Organisation gewerkschaftlicher Europapolitik spiegelt sich aber nicht nur in der verbandlichen Binnenorganisation, sondern auch in den europäischen Koordinationsstrukturen wider. Willy Buschak hat in mehreren Beiträgen näher dargelegt, dass die Gewerkschaften der (west-)europäischen Nationalstaaten sich nach dem Zweiten Weltkrieg wiederholt mit dem Problem konfrontiert sahen, eine einheitliche Haltung zur EGKS und zur EWG zu beziehen – sowohl in innerstaatlicher als auch in zwischenstaatlicher Perspektive. „Der einfache und so zwingende Schritt, die Gründung einer supranationalen Einrichtung wie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit einer ebenso supranationalen gewerkschaftlichen Struktur zu erwidern“, so Buschak, wurde nicht getan, weder bei den überwiegend sozialistischen Gewerkschaften des IBFG, noch den christlichen Gewerkschaften des IBCG. Stattdessen existierten zeitweise bis zu fünf verschiedene Organisationen nebeneinander, die alle versuchten, europapolitisch tätig zu werden.“<sup>20</sup>

Das Nebeneinander von europabezogenen Organisation der Gewerkschaften lässt sich im Kern auf zwei Motivstränge zurückführen: einerseits auf die unterschiedlichen weltanschaulichen Sichtweisen, andererseits auf divergierende Europakonzepte. In ihrem Zusammenspiel führten beide Stränge dazu, dass in den 1950er und 60er Jahren unterschiedliche europabezogene Organisationen neben- zum Teil auch gegeneinander agierten und die Gewerkschaften als ein vielstimmiger, zumeist recht disharmonischer Chor in Erscheinung traten.<sup>21</sup> Den ersten Schritt zur Gründung einer europäischen Organisation hatten die freien Gewerkschaften eingeleitet. Inspiriert von den Aktivitäten des Europarats wurde bereits 1950 die Europäische Regionalorganisation (ERO) des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften mit zunächst 20 Mitgliedern aus 18 Staaten etabliert. Als mit dem Schuman-Plan zur EGKS jedoch ein stärker supranational ausgerichteter Entwurf vorlag, entschlossen sich die Gewerkschaften aus den Mitgliedstaaten der EGKS ein gemeinsames Beratungsgremium der Gewerkschaftsdachverbände sowie der Metall- und Bergarbeitergewerkschaften zu etab-

20 Willy Buschak: Der Europäische Gewerkschaftsbund und die Europäischen Gewerkschaftsverbände, in: Uwe Optenhögel/Michael Schneider/Rüdiger Zimmermann (Hg.): Europäische Gewerkschaftsorganisationen – Bestände im Archiv der sozialen Demokratie und in der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, 2003, S. 9–19, hier S. 9.

21 Vgl. zur Genese auch die Darstellung von Hans-Viktor Schierwater. Die Arbeitnehmer und Europa. Integrationstendenzen und –strukturen im Sozialbereich des Gemeinsamen Marktes, in: Carl J. Friedrich: Politische Dimensionen der europäischen Gemeinschaftsbildung, Köln/Opladen 1968, S. 294–357, v. a. S. 298–328.

lieren, dass auf den Kreis der sechs Mitgliedstaaten konzentriert war. Bekannt wurde dieses Gremium unter der Bezeichnung „2ter Ausschuss“ – benannt nach der Zahl seiner Mitglieder.

Ebenfalls auf die europäischen Gemeinschaften ausgerichtet war nach Unterzeichnung der Römischen Verträge das Europäische Gewerkschaftssekretariat (EGS), das Vertreter der IBFG-Gewerkschaften aus den sechs Mitgliedstaaten der EWG gründeten. Das Pendant hierzu stellte ein von den IBFG-Gewerkschaften aus dem EFTA-Raum im Jahr 1960 gebildetes Komitee dar, das 1968 zu einem eigenständigen Sekretariat zur Koordinierung der Aktivitäten ausgebaut wurde. Damit existierten de facto jeweils ein EWG- und ein EFTA-Gewerkschaftsbund der freien Gewerkschaften parallel nebeneinander.

Seitens der christlichen Gewerkschaften war 1951 ein Verbindungsbüro in Luxemburg aufgebaut worden, aus dem 1955 der Verband christlicher Gewerkschaften in der EGKS hervorging. 1958 änderte der Verband seine Bezeichnung in Europäische Organisation des Internationalen Bundes Christlicher Gewerkschaften (IBCG). Ihren Sitz nahm die neue Organisation in Brüssel. Im Jahr 1969, als sich der IBCG in Weltverband der Arbeitnehmer umbenannte, vollzog auch der europäische Regionalverband diesen Schritt und nannte sich fortan Europäische Organisation des Weltverbandes der Arbeitnehmer.

Schließlich wurden auch seitens der kommunistischen Gewerkschaften Anstrengungen zur europäischen Koordination unternommen. Der Versuch des kommunistischen Weltgewerkschaftsbundes (WGB), ebenfalls europapolitisch aktiv zu werden, war angesichts einer sich weitgehend im Negativen erschöpfenden Europapolitik jedoch wenig erfolgreich. Dass im Zuge der Römischen Verträge etablierte Aktionskomitee im Gemeinsamen Markt blieb bedeutungslos.<sup>22</sup>

Die Neubelebung der europäischen Integration zum Ende der 1960er Jahre erhöhte auch die Notwendigkeit für die einzelnen europäischen Gewerkschaftsorganisationen, ihre europapolitischen Aktivitäten stärker aufeinander zu beziehen. Obwohl sich die EWG- und die EFTA-Gewerkschaften des IBFG lange Zeit nicht auf gemeinsame Strukturen und Positionen verständigen konnten, gelang es schließlich, mit dem im Februar 1973 etablierten Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) eine eigenständige Organisation zu schaffen, die auf ganz Europa bezogen war.<sup>23</sup> Im Jahr 1974 folgte eine Erweiterung, als sich dem EGB auch zwölf christliche Gewerkschaftsbünde anschlossen.<sup>24</sup>

Der dergestalt etablierte Europäische Gewerkschaftsbund fand jedoch keine ungeteilte Zustimmung. Vor allem der DGB, der zu diesem Zeitpunkt etwa die Hälfte aller Mitglieder des EGB repräsentierte, hatte seine Interessen nur partiell durchsetzen können. Während der DGB für einen auf die sechs EWG-Staaten bezogenen Gewerkschaftsbund mit stärker

22 Vgl. zur Systematik die anschauliche Darstellung bei Hans-Wolfgang Platzer: *Gewerkschaftspolitik ohne Grenzen? Die transnationale Zusammenarbeit der Gewerkschaften im Europa der 90er Jahre*, Bonn 1991, v. a. S. 37–65.

23 Vgl. hierzu auch den Beitrag von Cyril Gläser in diesem Heft.

24 Demgegenüber sperrte sich vor allem der DGB gegen eine Aufnahme der französischen CGT.

supranationalen Entscheidungsstrukturen plädiert hatte,<sup>25</sup> wurde letztlich eine paneuropäische Lösung mit stärker intergouvernementalen Strukturen realisiert.<sup>26</sup> Der DGB nahm die Koordinationsanstrengungen auf europäischer Ebene aber zum Anlass, um seine internen Strukturen neu auszurichten. Da er programmatisch vor allem der europäischen Sozialpolitik eine zentrale Bedeutung beimaß, erschien es ihm sinnvoll, sich intensiver als bisher mit Europapolitik zu befassen und zu diesem Zweck die einzelnen europapolitischen Aktivitäten stärker aufeinander abzustimmen.

Schon im Oktober 1971 hatte mit Volker Jung ein junger Referent des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften eingehendere Überlegungen zu einer Verbesserung der europapolitischen Koordinierung des DGB angestellt.<sup>27</sup> Jung hatte in diesem Zusammenhang empfohlen, einen „Arbeitskreis für Europapolitik“ einzurichten. Dieser solle als eine Art „Zentrale“ der Europapolitik innerhalb des DGB fungieren und alle relevanten Informationen koordinieren. Vordringliches Ziel des Arbeitskreises sei dabei eine „bessere Konsultation in europäischen Fragen“.<sup>28</sup> Jung schlug vor, diesen Arbeitskreis mit Vertretern aus allen von der Politik der Europäischen Gemeinschaft betroffenen Abteilungen des DGB zu besetzen.<sup>29</sup>

Ausschlaggebend war für Volker Jung bei seinem Vorstoß, dass zu Beginn der 1970er Jahre eine „Phase der Veränderung“ innerhalb der EG eingeläutet worden war. Mit den Absichtserklärungen des Haager Gipfels 1969 zeichnete sich ab, dass sowohl die Erweiterung der Gemeinschaft als auch der Vorstoß zur Wirtschafts- und Währungsunion den Charakter des europäischen Einigungsprozesses grundlegend veränderten.<sup>30</sup> Europapolitik gewann durch diese Veränderungen erheblich an Bedeutung, so dass einiges dafür sprach, sie künftig unabhängig von der allgemeinen Außenpolitik zu behandeln. Zugleich verfügten die Gewerkschaften jedoch kaum über Möglichkeiten, Europapolitik nach eigenen Vorstellungen mitzugestalten. Um dies zu ändern, forderte Jung eine stärkere gewerkschaftliche Abstimmung in europapolitischen Fragen. Seiner Ansicht nach musste eine „durchgängige

25 Siehe hierzu auch das Protokoll der 31. Sitzung des DGB Bundesvorstandes vom 29. Mai 1972 in Berlin. AdsD, DGB-Archiv, Abteilung Vorsitzender, 5/DGAI476.

26 Vgl. hierzu Platzer, S. 52.

27 Volker Jung in einem Vermerk vom 15. Oktober 1971 über die Koordinierung der Europapolitik des DGB und der Gewerkschaften, AdsD, DGB-Archiv, Abteilung Europäische Integration, 5/DGAJ000260.

28 Ebd.

29 Obwohl die drei Gemeinschaften EGKS, EWG und Euratom eigenständige Vertragsgemeinschaften bildeten, setzte sich in zunehmendem Maße nach In-Kraft-Treten des Fusionsvertrags im allgemeinen Sprachgebrauch die Bezeichnung „Europäische Gemeinschaft“ (EG) für die Gesamtheit der europäischen Einigungsverträge durch.

30 Vgl. hierzu ausführlicher Jürgen Mittag/Wolfgang Wessels: Die Gipfelkonferenzen von Den Haag (1969) und Paris (1972). Meilensteine für Entwicklungstrends der Europäischen Union? in: Franz Knipping/Matthias Schönwald (Hg.): Aufbruch zum Europa der zweiten Generation. Die europäische Einigung 1969–1984, Trier 2004, S. 3–27 sowie die Beiträge des Themenheftes „The Hague Summit of 1969“, *Journal of European Integration History* 2 (2003). Vgl. für eine der wenigen auf die Gewerkschaftsbewegung bezogenen Darstellungen Frank Deppe: Westeuropäische Integration als Krisenprozeß, in: ders. (Hg.), Arbeiterbewegung und westeuropäische Integration, Köln 1976, S. 9–70.

Koordinierung der gewerkschaftlichen Aktivitäten in allen europäischen Gremien“ erreicht werden.<sup>31</sup> Damit der DGB politische Initiativen auf europäischer Ebene aber überhaupt erfolgreich realisieren konnte, musste Jung zufolge zunächst die Europapolitik auf nationaler Verbandsebene stärker koordiniert werden.

Die europapolitischen Kompetenzen innerhalb des DGB waren zu diesem Zeitpunkt formal im DGB Bundesvorstand in der Abteilung Ausland bzw. Internationale Abteilung angesiedelt, de facto aber auf zahlreiche unterschiedliche Abteilungen verteilt. Eine erfolgreiche Europapolitik konnte Jung zufolge aber nur dann betrieben werden, wenn geeignete Strukturen zur Koordinierung der Europapolitik des DGB geschaffen würden. Er machte deutlich, dass die mit der Thematik befassten Abteilungen zwar gute Arbeit leisteten, die gesamte europäische Arbeit des DGB aber darunter litt, dass keine Koordinationsstelle existiere. Jung schlug daher ein Referat für Europapolitik vor, in dem europabezogene Fragen bearbeitet und Informationen im Zusammenhang von Europapolitik gesammelt und weitergeleitet werden sollten. Diese Forderung fand sowohl innerhalb des DGB als auch in den Einzelgewerkschaften Unterstützung. Dies auch, weil es in der Vergangenheit immer wieder Kritik an der mangelnden europapolitischen Koordination gegeben hatte. So hatten etwa die im DGB vertretene Deutsche Postgewerkschaft und die Gewerkschaft der Eisenbahner vom DGB gefordert, besser über die Europapolitik und die Arbeit der Gewerkschaften auf europäischer Ebene informiert zu werden.<sup>32</sup> Zugleich bereiteten die Industriegewerkschaften aber auch eigene Schritte zur sektoriellen Koordination vor. Insbesondere die IG Metall, die mit dem Verbindungsbüro der Gewerkschaften in Luxemburg bereits in den 1950er Jahren stärker auf die transnationale Kooperation gesetzt hatte, begann in diesem Zeitraum mit Vorarbeiten zu einer Tarifpartnerschaft mit den Benelux-Staaten und entwickelte 1974, im Rahmen des EMB-Aktionsprogrammes, die Idee eines EMB-Koordinierungsansatzes.<sup>33</sup>

### Gründung und Anfänge der Abteilung *Europäische Integration*

Am 17. Juli 1972, im Nachgang zum 9. ordentlichen Bundeskongress, der vom 25. bis zum 30. Juni 1972 in Berlin getagt hatte, informierte der DGB über die Einrichtung der Abteilung *Europäische Integration*. Der DGB selbst begründete die Entscheidung in einer internen Mitteilung damit, dass „die Europapolitik nicht mehr länger nur Außen-, sondern in erster

31 So Volker Jung in dem Vermerk vom 15. Oktober 1971. AdsD, DGB-Archiv, Abteilung Europäische Integration, 5/DGAJ000260.

32 Antrag 64 der Deutsche Postgewerkschaft auf dem 9. Bundeskongress des DGB mit dem Betreff: „Europafragen“, und Antrag 66 der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschland mit dem Betreff: „Internationale Gewerkschaftsarbeit“, abgedr. in: Geschäftsbericht des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1972 bis 1974, Bochum o. J. [1974], S. 604–606.

33 Vgl. hierzu: European Metalworkers' Federation in the Community: History of the EMF. The key concerns: continuity and change, Brüssel 1994.

Linie Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik“ sei und die Auswirkungen dieser Politikfelder einen großen Einfluss auf die einzelnen Nationalstaaten besäßen.<sup>34</sup>

Im Oktober 1972 nahm die neue Abteilung ihre Arbeit auf. Zu Beginn bestand sie lediglich aus dem Abteilungsleiter Volker Jung und seiner Mitarbeiterin Renate Born. Im August 1973 folgte noch Karl Feldengut. Als Leiter der Abteilung Finanzen, der die Abteilung *Europäische Integration* zugeordnet war; engagierte sich während der kurzen Existenz der Europaabteilung auch Alfons Lappas stark für die Koordinierungsarbeit. Als Ziel der Abteilung wurde die Aufgabe festgehalten, die Europapolitik des DGB und der einzelnen Mitgliedsgegewerkschaften zu koordinieren und gegenüber den Organen der EWG sowie dem EGB zu vertreten. Zusätzlich sollte die Abteilung den DGB aber auch gegenüber der Bundesregierung vertreten.<sup>35</sup>

Die Hauptaufgabe der Abteilung *Europäische Integration* wurde jedoch darin gesehen, europapolitische Informationen innerhalb des DGB zu sammeln, zu koordinieren und weiterzuleiten. Hauptsächlich sollte der Schriftverkehr zwischen dem DGB und seinen Abteilungen mit dem EGB und den Institutionen der EG verwaltet werden. Zu diesem Zweck sollten alle Schreiben vom EGB und der EG an den DGB über die Abteilung *Europäische Integration* weitergeleitet werden. Im Gegenzug sollten alle Schreiben, die von anderen betroffenen Abteilungen des DGB, aber auch von allen Mitgliedsgegewerkschaften an den EGB bzw. an die EG geschickt wurden, als Kopie bei der Abteilung *Europäische Integration* eingehen.

Es war geplant, dass die Abteilung allgemeine europapolitische Fragen behandelte und entschied, an welche Abteilung des DGB Schreiben vom EGB oder der EG weitergeleitet wurden.<sup>36</sup> Somit bestimmte die Abteilung *Europäische Integration*, welche weiteren Abteilungen des DGB für ein Thema verantwortlich sein und sich weiter mit diesem befassen sollten. Der Aufgabenbereich der Abteilung war angesichts dieser Steuer- und Lenkungs-funktion relativ umfangreich, da sich zu diesem Zeitpunkt bereits mehrere Abteilungen des DGB mit Europapolitik beschäftigten, so etwa die Abteilungen Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Tarifpolitik, Arbeitsrecht und Gesellschaftspolitik.

Um die Koordination der Europapolitik zu erleichtern, wurde im November 1972 – wie von Jung vorgesehen – der Arbeitskreis Europäische Integration gegründet. Dieser rekrutierte sich aus Vertretern aller Abteilungen der Bundesvorstandsabteilung, die sich mit europapolitischen Themen befassten, sowie zusätzlich aus Mitarbeitern des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB.<sup>37</sup> Geplant war eine monatliche Tagung des

34 Interne Mitteilung des DGB vom 17. Juli 1972 zur Einrichtung der Abteilung „Europäische Integration“, in: AdsD, DGB-Archiv, Abteilung Europäische Integration, 5/DGAJ000213.

35 Volker Jung in einem Brief vom 7. Mai 1975 an Lothar Mäkle über die Aufgaben der Abteilung Europäische Integration, AdsD, DGB-Archiv, Abteilung Europäische Integration, 5/DGAJ00214. Siehe aber auch die Stellenbeschreibung von Volker Jung durch den Bundesvorstand. Ebd.

36 Alfons Lappas in einem Schreiben vom 13. Februar 1975 an die Mitglieder des Geschäftsführenden Bundesvorstandes, AdsD, DGB-Archiv, Abteilung Europäische Integration, 5/DGAJ00214.

37 Abteilung Europäische Integration über die Koordinierung der europäischen Politik des DGB und seiner Gewerkschaften, 15. Juli 1975, in: AdsD, DGB-Archiv, Abteilung Europäische Integration, 5/

Arbeitskreises, um Fragen der Europapolitik schnellstmöglich zu bearbeiten. Der Arbeitskreis Europäische Integration und die dafür verantwortliche Abteilung sollten auf diese Weise die Grundlagen für eine bessere Kommunikation und Koordination innerhalb des DGB unter Einbeziehung der einzelnen Industriegewerkschaften realisieren.

Dieser hohe Anspruch ließ sich mit den vergleichsweise geringen Personalkapazitäten jedoch kaum realisieren. Um die Arbeit innerhalb der Abteilung *Europäische Integration* effizienter zu gestalten, wurde kurz nach ihrer Gründung mit Alfons Lappas ein weiterer Mitarbeiter eingestellt. Lappas galt zu diesem Zeitpunkt im DGB in erster Linie als Finanzexperte. Zudem war er kurz zuvor zum Präsidenten des Wirtschafts- und Sozialausschusses gewählt worden. Angesichts der weiter zunehmenden Arbeiten schrieb Lappas am 17. Mai 1973 an die Mitglieder des Geschäftsführenden Bundesvorstandes, um einen weiteren „Ausbau der Abteilung Integration“ zu erreichen.<sup>38</sup> Schon zwei Tage zuvor wurde auf einer außerordentlichen Sitzung der Generalsekretäre darüber beratschlagt. Lappas begründete sein Anliegen damit, dass sich die EG seit der Gipfelkonferenz von Paris in einer „Phase tiefgreifender Umwandlungen“ befände, die die Strukturen der EG verändern würden und damit auch die Gewerkschaften (den DGB) beeinflusste. Der DGB müsse demnach auf diese Veränderungen reagieren, um sich zu stärken. Da die Perspektiven des neu gegründeten Europäischen Gewerkschaftsbundes ungewiss waren, sah sich der DGB darauf angewiesen, seine eigene Arbeit in diesem Bereich zu intensivieren. Nach Lappas Einschätzung war der Arbeitskreis Europäische Integration überlastet, weshalb die Abteilung *Europäische Integration* weiter ausgebaut werden müsse. Mit diesen Überlegungen verband Lappas auch eine Erweiterung des Aufgabenbereiches der Abteilung. Sie sollte ihr Tätigkeitsfeld, die allgemeine Europapolitik zu analysieren und somit europapolitische Grundlagenarbeit für den DGB zu leisten, ausbauen.

## Widerstände anderer Abteilungen

Damit die Abteilung *Europäische Integration* erfolgreich ihren Aufgaben nachgehen konnte, schlug Lappas vor, einen zusätzlichen Sekretär für europäische Wirtschaftspolitik einzustellen. Kurz darauf stieß Karl Feldengut als weiteres Mitglied zur Abteilung. In diesem Zusammenhang wurde erneut ein ergänzender Aufgabenbereich erörtert. Es gab Überlegungen, dass die Abteilung *Europäische Integration* auch die Aufgaben der Gewerkschaftsvertreter im Wirtschafts- und Sozialausschuss koordinieren sollte. Später, im Juli 1975, wurde zudem der Vorschlag gemacht, dass die Abteilung *Europäische Integration* ihre Informationstätigkeiten stärker auf die einzelnen Mitgliedsorganisationen ausdehnen sollte.<sup>39</sup> An diesem Beispiel

DGAJ000260.

38 Alfons Lappas an die Mitglieder des Geschäftsführenden Bundesvorstandes, 17. Mai 1973, AdsD, DGB-Archiv, Abteilung Europäische Integration, 5/DGAJ00214.

39 Die Abteilung Europäische Integration über die Koordinierung der europäischen Politik des DGB und seiner Gewerkschaften, am 15. Juli 1975, AdsD, DGB-Archiv, Abteilung Europäische Integration, 5/DGAJ000260.

wird deutlich, dass die Abteilung trotz ihres geringen Personalressourcen eine weitreichende Arbeit im DGB leisten sollte bzw. wollte.

Dieser Anspruch musste notwendigerweise zu Konflikten mit anderen Abteilungen führen, in deren Kompetenzbereiche die Abteilung *Europäische Integration* eingriff. Die Einrichtung der Europaabteilung war bereits zuvor schon nicht bei allen betroffenen Abteilungen auf Verständnis gestoßen. Dies hatte zur Folge, dass auch keine uneingeschränkte Kooperationsbereitschaft bestand. Die Koordinationsarbeit gestaltete sich infolgedessen schwieriger als erwartet, war doch der Erfolg der Abteilung *Europäische Integration* von der Kooperationsbereitschaft der anderen Abteilungen des DGB abhängig. Einige Abteilungen, die sich durch die Arbeit der Abteilung *Europäische Integration* eingeschränkt fühlten, betonten jedoch ihr Eigeninteresse und setzten darauf, ihre europapolitischen Aufgaben weiterhin selbstständig zu bearbeiten. Bereits zwei Monate nach der Gründung der Abteilung *Europäische Integration* beschwerte sich Gerd Muhr bei Alfons Lappas über die schlechte Koordination der Europapolitik im DGB.<sup>40</sup>

Eine ausführlichere Auseinandersetzung über die Arbeit der Abteilung *Europäische Integration* erfolgte jedoch erst Anfang des Jahres 1975. Lappas wandte sich am 13. Februar 1975 mit einem Schreiben über die „Koordinierung der europäischen Politik des DGB“ an die Mitglieder des Geschäftsführenden Bundesvorstandes.<sup>41</sup> Darin forderte er die von der Europapolitik betroffenen Abteilungen des DGB auf, umgehend die Abteilung *Europäische Integration* über alle relevanten Schreiben in Kenntnis zu setzen. Außerdem sollte die Abteilung *Europäische Integration* neben der Internationalen Abteilung über die Berichte, die die Sozialattachés in den EG-Mitgliedstaaten an den DGB richteten, informiert werden. Lappas kritisierte, dass „einzelne Aspekte der europäischen Politik des DGB [entweder] gar nicht oder doppelt bearbeitet würden. Aus diesem Grund gelänge es der Abteilung *Europäische Integration* auch nicht, ihrer Aufgabe nachkommen, einen Überblick über die Europapolitik zu schaffen.

Lappas räumte in diesem Zusammenhang allerdings auch eigene Fehler ein. Seiner Auffassung zufolge war die Problemlage eine doppelte: Auf der einen Seite wurden weitere Abteilungen nicht hinreichend in die Arbeit miteinbezogen, auf der anderen Seite wurde die Abteilung *Europäische Integration* von den weiteren Abteilungen aber wiederum auch nicht informiert. Die Kommunikation fände zwischen anderen Abteilungen unter Ausschluss der Abteilung *Europäische Integration* statt. Ein weiteres Problem sah Lappas darin, dass die Organe der EG die Abteilung *Europäische Integration* nur dann informierten, wenn es für die EG von Nutzen war. Andere Abteilungen des DGB würden die Abteilung *Europäische Integration* ebenfalls nur auf Anfrage hin informieren. „Von Schreiben, die die europäischen Institutionen direkt an die Abteilungen des DGB richten, wird die Abteilung *Europäische*

40 Schreiben von Gerd Muhr an Alfons Lappas, 11. Dezember 1973, AdsD, DGB-Archiv, Abteilung Europäische Integration, 5/DGAL000260.

41 Alfons Lappas an die Mitglieder des Geschäftsführenden Bundesvorstandes, 13. Februar 1975, AdsD, DGB-Archiv, Abteilung Europäische Integration, 5/DGAJ000214.

*Integration* in der Regel nur dann unterrichtet, wenn ihre Unterstützung in Anspruch genommen wird“, monierte Lappas.

Des Weiteren stellte er klar, dass sich der Arbeitskreis Europäische Integration mit denjenigen Fragen der Europapolitik auseinandersetze, welche mehrere Abteilungen des DGB beträfen. Daher würde die Abteilung *Europäische Integration* darüber abstimmen, welche weiteren Abteilungen sich innerhalb des DGB ausführlicher mit der Frage beschäftigen sollten. In dem grundsätzlich gehaltenen Schreiben von Lappas kommt zum Ausdruck, dass fast drei Jahre nach der Gründung der Abteilung *Europäische Integration* ihre Aufgaben anderen Abteilungen des DGB entweder nicht bekannt waren oder diese nicht unterstützt wurden. Daraus lässt sich die Schlussfolgerung ziehen, dass die Zielsetzung, die mit der Einrichtung der Abteilung *Europäische Integration* verbunden worden war, bis zu diesem Zeitpunkt nicht erreicht wurde. Die Reaktionen auf Lappas Schreiben zeigen darüber hinaus, dass ihr Aufgabenbereich von anderen Abteilungen des DGB in Frage gestellt wurde. So reagierte etwa die Referentin für Internationale Sozialpolitik, Ursula Engelen-Kefer, auf das Schreiben von Alfons Lappas mit deutlicher Kritik.<sup>42</sup>

Engelen-Kefer erklärte, dass eine fachfremde Abteilung nur schlecht eine inhaltliche Einschätzung über die behandelten Themen treffen könne und somit eine sinnvolle Koordination der Arbeit nicht gewährleistet sei. Engelen-Kefer machte das Problem einer mangelnden Abgrenzung der Aufgabenbereiche der einzelnen Abteilungen des DGB in Bezug auf Europapolitik am Beispiel des Sozialen Aktionsprogrammes deutlich. Dieses umfasse so viele unterschiedliche Themen, dass jede betroffene Abteilung in diesem Aufgabenbereich mitarbeiten solle. Besondere Probleme gäbe es beim Sozialpolitischen Aktionsbericht und bei dem „Aktionsprogramm für Wanderarbeitnehmer“. Für diese Berichte bzw. Programme seien verschiedene Fachabteilungen zuständig, die teilweise von der Abteilung *Europäische Integration* übersehen würden. Engelen-Kefer reklamierte die Zuständigkeit für „ressortübergreifende Aufgaben“ beim Sozialpolitischen Aktionsprogramm für das Referat Internationale Sozialpolitik. Nach ihrer Darstellung würde die Koordinierung europapolitischer Fragen über die Abteilung *Europäische Integration* zudem zu Problemen bei der Termineinhaltung führen. Manche Dokumente würden erst auf Anfrage weitergeleitet. Außerdem würden personelle Engpässe zeitliche Verzögerungen fördern. Engelen-Kefer schlug daher vor, dass der EGB zusätzlich zu der Abteilung *Europäische Integration* die betroffenen Abteilungen direkt anschreiben solle.

Eine Umsetzung dieser Forderung hätte einen Großteil der Arbeit der Abteilung *Europäische Integration* überflüssig gemacht. Aus diesem Grund kann es nicht verwundern, dass die Abteilung *Europäische Integration* diese Vorschläge nicht teilte und ihrerseits ebenfalls kritisch Stellung bezog. In einem Vermerk zur Vorbereitung der Sitzung des EGB-Präsidiums wies Volker Jung darauf hin, dass Zuständigkeiten in der europäischen Politik geklärt wer-

42 Ursula Engelen-Kefer an Alfons Lappas, 18. März 1975: „Über die Koordinierung der europäischen Politik des DGB“ mit einer „Stellungnahme zu dem Rundschreiben der Abteilung Finanzen vom 13. Februar 1975“, AdsD, DGB-Archiv, Abteilung Europäische Integration, 5/DGAJ000260.

den müssten.<sup>43</sup> Gegenüber Engelen-Kefer zeigte sich Jung ebenso überrascht wie enttäuscht. Er betrachtete ihre Kritik eher als eine Forderung zur Korrektur von Zuständigkeiten, jedoch nicht als einen Vorschlag zur Verbesserung der Kommunikation. Jung wiederholte in seinem Schreiben die Aufgaben der Abteilung *Europäische Integration* und stellte klar, dass diese Abteilung eingerichtet worden sei, um eine „einheitliche und umfassende Zuständigkeit in der europäischen Politik des DGB“ zu schaffen, von der kein wichtiger und betroffener Bereich ausgeschlossen werden dürfe. Es sei Aufgabe der Abteilung *Europäische Integration*, fachspezifische Fragen an die betroffenen Abteilungen weiterzuleiten und diese Vorgänge zu koordinieren und zu bestimmen. Demnach besäße das Referat für Internationale Sozialpolitik keinerlei Kompetenzen bei „ressortübergreifenden Aufgaben“. Das von Engelen-Kefer angesprochene Sozialpolitische Aktionsprogramm, so Jung, sei auch für das Referat Internationale Sozialpolitik zu umfassend. Daher werde weiterhin die Abteilung *Europäische Integration* entscheiden, welche Themen von welchen Abteilungen bearbeitet werden.

Im Nachgang zu dieser Korrespondenz scheinen die Unstimmigkeiten bereinigt worden zu sein; ein weiteres Schreiben von Engelen-Kefer erweckte jedenfalls den Eindruck, dass die Auseinandersetzung entschärft worden waren.<sup>44</sup> Dazu beigetragen hatte, dass sich Volker Jung und Ursula Engelen-Kefer zu einem Treffen verabredet hatten, um das „Missverständnis“ zu lösen. Jung unterrichtete Lappas in einem Brief über das Gespräch. Als Ergebnis hielt er fest, es sei geklärt worden, dass die Aufgabenstellung der Abteilung *Europäische Integration* von dem Referat Internationale Sozialpolitik nicht in Frage gestellt werden.<sup>45</sup> Außerdem sei festgestellt worden, dass selbst in den Fällen, in denen andere Fachabteilungen betroffen waren, die Abteilung *Europäische Integration* federführend blieb. Dabei blieb indes der Vorbehalt, Einzelfälle individuell zu regeln.

Dass die Auseinandersetzung mit Engelen-Kefer kein Einzelfall war, lässt sich u. a. aus einem Brief von Alfons Lappas im Februar 1975 an die DGB-Landesbezirke schließen.<sup>46</sup> Lappas kritisierte in diesem Schreiben, dass die Landesbezirke zu Bildungsveranstaltungen mit europapolitischen Inhalten geladen hatten, ohne die Abteilung *Europäische Integration* zu informieren. Von Lappas wurde dieses Verhalten als kontraproduktiv gewertet. Seiner Ansicht nach wäre es auch für die Landesbezirke von Vorteil, die Abteilung in die Planung der Veranstaltungen mit einzubeziehen, da sie über einen großen Erfahrungsschatz verfüge, von dem die Bezirke profitieren könnten. Lappas appellierte an die Landesbezirke, sich einer Zusammenarbeit stärker zu öffnen, um so mehr Transparenz und eine bessere Vorbereitung bei Veranstaltungen zu erreichen.

43 Volker Jung an Alfons Lappas, 25. März 1975, AdsD, DGB-Archiv, Abteilung Europäische Integration, 5/DGAJ000260.

44 Ursula Engelen-Kefer an Volker Jung, 1. April 1975, AdsD, DGB-Archiv, Abteilung Europäische Integration, 5/DGAJ000260.

45 Volker Jung an Alfons Lappas über ein Gespräch mit Engelen-Kefer, 9. April 1975, in: AdsD, 5/DGAJ000260.

46 Alfons Lappas am 13. Februar an die DGB-Landesbezirke: „Europäische Bildungsveranstaltungen“, AdsD, DGB-Archiv, Abteilung Europäische Integration, 5/DGAJ000260.

Die hier skizzierten Beispiele spiegeln die grundsätzliche Problematik der Abteilung wider: Immer wieder stößt man in den Akten auf Vermerke, aus denen hervorgeht, dass die Abteilung *Europäische Integration* Kommunikations- und Abspracheprobleme mit anderen Organisationseinheiten hatte. Im Laufe der knapp dreijährigen Existenz der Abteilung wurden immer wieder Briefe an Kollegen verschickt, in denen die Aufgaben der Abteilung *Europäische Integration* zusammengefasst und erläutert wurden. Daraus lässt sich schließen, dass die Kompetenzen der Abteilung innerhalb des DGB nicht hinreichend bekannt waren – oder aber nicht wie vorgesehen akzeptiert wurden.

Zu den internen Problemen des DGB in der Europapolitik kamen noch allgemeine Schwierigkeiten auf europäischer Ebene hinzu. So bereitete es erhebliche Probleme, die für bestimmte Themen verantwortlichen Gesprächspartner innerhalb der EG ausfindig zu machen, um sich mit diesen auseinandersetzen bzw. abstimmen zu können. Die Gewerkschaften besaßen demnach kaum Ansprechpartner bei den Organen der EG und infolgedessen nur eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten.<sup>47</sup> Diese Problematik änderte sich auch nicht mit der Wahl Veters zum Präsidenten des EGB und der Verabschiedung des Sozialpolitischen Aktionsprogramms.

Karl Feldengut fasste im Juni 1975 die Lage der „europäischen Gewerkschaftspolitik“ mit kritischen Worten zusammen.<sup>48</sup> Er vertrat die Auffassung, dass die Fortschritte im Bereich der europäischen Integration widersprüchlich seien und dass für die Rolle der Gewerkschaften Entsprechendes gelte. Als Fortschritt wertete Feldengut die Erweiterung der EG, das Sozialpolitische Aktionsprogramm und die Einigung auf eine gemeinsame Regionalpolitik. Demgegenüber überwogen aber die negativen Entwicklungen. Der Stufenplan zur Wirtschafts- und Währungsunion galt als gescheitert und wurde auf Eis gelegt, während die Energiekrise deutlich die Bereiche aufzeigte, in denen die EG bestenfalls begrenzt handlungsfähig war. Feldengut vertrat die Ansicht, dass sich diese Misserfolge auch durch das Fehlen demokratischer Institutionen innerhalb der EG erklären ließen. Diese demokratischen Institutionen seien aber notwendig, um eine erfolgreiche europäische Integration auch im sozialen Sinne zu erreichen. Solange sich aber einzelne Mitgliedstaaten dagegen wehrten, sozialpolitische Entscheidungsbefugnisse an die EG abzutreten, solange könnten auch keine sozialpolitischen Fortschritte erzielt werden, die ein Gegengewicht zur Marktpolitik darstellen könnten. Diese Ausführungen dokumentieren, dass die Zuversicht zu Beginn der 1970er Jahre über die Perspektiven einer europäischen Sozialpolitik zur Mitte des Jahrzehnts deutlicher Skepsis gewichen war. Aus Sicht des DGB wurden die Unternehmer durch die allgemeine europapolitische Entwicklung immer mächtiger, zumal sie von der Bundesregierung unterstützt wurden.

47 Volker Jung an Detlef Henschel, 6. August 1974: „Klausurtagung des Bundesvorstandes vom 30. September bis zum 1. Oktober 1974, AdsD, DGB-Archiv, Abteilung Europäische Integration, 5/DGAJ000260.

48 Karl Feldengut am 8. Juni 1975 „Zur europäischen Gewerkschaftspolitik“, AdsD, DGB-Archiv, Abteilung Europäische Integration, 5/DGAJ000252.

Die großen Hoffnungen waren damit enttäuscht worden und es scheint, als hätte diese Enttäuschung auch Auswirkung auf die europapolitische Arbeit des DGB gehabt. Die Koordinierungseuphorie der Anfangsjahre war jedenfalls verflogen. Stattdessen zeichnete sich ab, dass die Abteilung *Europäische Integration* nicht in der Lage war, sich zu behaupten. Von anderen Abteilungen wurde sie entweder geschnitten oder hinsichtlich der ambitionierten Zielsetzungen nicht ernst genommen. Der Versuch, die Europapolitik innerhalb des DGB durch eine zentrale Stelle zu koordinieren, musste damit als gescheitert gelten.

## Das Ende der Abteilung

Zur Auflösung der Abteilung *Europäische Integration* sind in den Akten nur wenige Hinweise zu finden. Es entsteht der Eindruck, als sei die Abteilung plötzlich, aber auf Grund der bekannten Probleme nicht überraschend, geschlossen worden. Noch im Mai 1975 hatte Renate Born ihre bereits ausgesprochene Kündigung zurückgezogen und versichert, weiterhin in der Abteilung *Europäische Integration* tätig sein zu wollen.<sup>49</sup> Nur einen Monat später erhielt sie dennoch ein Arbeitszeugnis von Jung.<sup>50</sup> Aus diesem geht hervor, dass die Mitarbeiter der Abteilung schon zu diesem Zeitpunkt wussten, dass die Abteilung nicht mehr lange existieren würde. Die Abteilung hat ihre Arbeit in den folgenden Wochen aber unverändert fortgesetzt, sodass weiterhin noch eine rege Korrespondenz geführt wurde.

Am 23. September 1975 hingegen existierte die Abteilung schon nicht mehr. Karl Feldengut beantwortete die Anfrage eines außenstehenden Kollegen und berichtet in diesem Zusammenhang, dass die Abteilung nun aufgelöst sei, er aber nach wie vor für Fragen zur Verfügung stehe. Feldengut selbst wusste zu diesem Zeitpunkt noch nicht, wer seine Aufgaben zukünftig übernehmen würde. Ihm war jedoch bekannt, dass er selbst in der Abteilung Gesellschaftspolitik weiterarbeiten würde.<sup>51</sup> Auf der Sitzung des Geschäftsführenden Bundesvorstandes vom 20. bis zum 22. September wurde geklärt, welche Aufgaben die ehemaligen Mitglieder der Abteilung *Europäische Integration* nun übernehmen sollten und beschlossen, dass für diese in den Abteilungen Internationale Politik und Wirtschaftspolitik weitere Planstellen eingerichtet werden.<sup>52</sup>

Im Geschäftsbericht des DGB von 1975–1977 ist die Europapolitik der Internationalen Abteilung zu- bzw. untergeordnet worden.<sup>53</sup> Innerhalb der Internationalen Abteilung wurde ein eigenes Europareferat gegründet, in welchem allerdings keiner der ehemaligen Mitglie-

49 Volker Jung an Rolf-Lothar Mähle (Hauptkasse), 7. Mai 1975, AdsD, DGB-Archiv, Abteilung Europäische Integration, 5/DGAJ000252.

50 Volker Jung am 5. Juni 1975: „Zeugnis für Renate Born“, AdsD, DGB-Archiv, Abteilung Europäische Integration, 5/DGAJ000252.

51 Karl Feldengut an Horst Hochgerve, 23. September 1975, AdsD, DGB-Archiv, Abteilung Europäische Integration, 5/DGAJ000252.

52 Protokoll der 10. Sitzung des Geschäftsführenden Bundesvorstandes vom 20. bis zum 22. September 1975 in Düsseldorf, AdsD, DGB-Archiv, Abteilung Europäische Integration, 5/DGAI000226.

53 Vgl. Geschäftsbericht des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1975 bis 1977, Bochum o. J. [1977].

der der Abteilung *Europäische Integration* mitarbeitete. Alfons Lappas kehrte kurzzeitig wieder in die Abteilung Finanzen zurück, blieb aber unverändert auch europapolitisch aktiv. Volker Jung wurde 1975 zum Leiter der Abteilung Gesellschaftspolitik und nahm diese Funktion bis zu seiner Wahl in den Bundestag im Jahr 1983 wahr. Durch seine Mitgliedschaft im Beratenden Ausschuss der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (1975–1983) blieb er ebenfalls weiterhin in der Europapolitik aktiv.

### **Fazit: Von der zentralen Koordination zur pluralen Interessenvertretung**

Die Episode der Abteilung *Europäische Integration* zeigt, dass der DGB in den 1970er Jahren europapolitisch neue Wege eingeschlagen hat. Das Führungspersonal des DGB war sich bewusst, dass die EG ihre einzelnen Mitgliedstaaten politisch und wirtschaftlich zunehmend beeinflusste und damit auch beträchtliche Wirkung auf die Arbeit der Gewerkschaften ausübte. Der DGB versuchte auf diesen Prozess sowohl programmatisch als auch organisatorisch zu reagieren, um nicht nur Objekt der Europapolitik zu bleiben, sondern selbst stärker zum handelnden Akteur zu werden. Das erklärte Ziel des DGB war es dabei, sozialpolitische Fragen nicht länger mehr nur auf nationaler Ebene zu behandeln und dort im Sinne der deutschen Mitbestimmung zu regeln, sondern das Handlungsfeld der Gewerkschaften auch auf den europäischen Raum auszuweiten.

Um die gewerkschaftspolitische Interessenvertretung auf europäischer Ebene zu stärken, bemühte sich der DGB, seine europabezogenen Aktivitäten stärker zu bündeln. Mit dem Ziel einer effizienteren Koordination wurde im Jahr 1972 die Abteilung *Europäische Integration* etabliert, die auf eine grundlegende Reform der europapolitischen Entscheidungsprozesse abzielte. Man setzte dabei zwar weiter auf eine dezentrale Politikbearbeitung, verband diese aber nunmehr innerhalb des Gewerkschaftsbundes mit einer stärker zentralen Koordination. Personell betrachtet änderte sich im DGB mit den neuen Strukturen nur wenig. Die Mitglieder der Abteilung *Europäische Integration* waren bereits allesamt zuvor im DGB beschäftigt gewesen; aber auch die mit der Einrichtung der Abteilung *Europäische Integration* eingeleitete Organisationsreform bewirkte keine grundlegenden Veränderungen. In den drei Jahren ihrer Existenz gelang es der Abteilung nicht, sich als europapolitische Koordinationszentrale des DGB oder gar der deutschen Gewerkschaften insgesamt erfolgreich zu behaupten.

Die Ursachen hierfür lagen zum einen in der Diskrepanz zwischen Aufgabenspektrum und personeller Ausstattung. Angesichts der Fülle und Vielfalt von europapolitischen Themen war es der Abteilung in zahlreichen Fällen nicht möglich, zeitnah eine hinreichende Expertise zu entwickeln. Zuweilen liefen europapolitische Initiativen aber auch gänzlich an der Abteilung vorbei. Zurückzuführen ist dies nicht zuletzt darauf, dass die ebenfalls mit der Europapolitik befassten weiteren Abteilungen des DGB nicht bereit waren, das Maß an Kooperation zu leisten, das für eine erfolgreiche Arbeit der Abteilung *Europäische Integration* notwendig gewesen wäre. Wie am Konflikt mit Engelen-Kefer exemplarisch gezeigt wurde, griffen die Koordinationsaktivitäten der Abteilung *Europäische Integration* (zu) stark in die inhaltliche Arbeit der betroffenen Abteilungen ein. Diese Tendenz war nicht gewollt und bei

der Konzeption der Abteilung *Europäische Integration* im DGB auch nicht bedacht worden, führte aber zu Abgrenzungs- und Kompetenzstreitigkeiten.

Zu Beginn der 1970er Jahre verfügten allenfalls die staatlichen Institutionen über hinreichende Erfahrung im Hinblick auf europapolitische Koordinationsmechanismen. Auf verbandlicher Ebene bewegte sich man hingegen noch weitgehend in einer – im Popper'schen Sinne – „trial and error“-Phase. Dass Prozesse europapolitischer Koordination in Deutschland bis heute zumeist mit einer parallelen Dezentralisierung – bei in der Regel nur schwach ausgeprägten horizontalen Koordinierungsverfahren – verbunden sind, war bis dahin weder eingehender untersucht noch debattiert worden.<sup>54</sup> Auf nationaler Ebene wurden zwar in den vergangenen Dekaden allerorten Europaabteilungen in den einzelnen Ministerien eingerichtet; bis heute aber existiert kein übergreifendes Ressort, welches ausschließlich für europapolitische Fragen zuständig wäre.<sup>55</sup> Eine Zentralisierung bzw. Hierarchisierung, wie sie aus anderen Hauptstädten – insbesondere aus London und Paris – berichtet wird, hat nicht stattgefunden, ist aber bemerkenswerterweise anlässlich der Pariser Gipfelkonferenz 1972 näher diskutiert worden. So wurde die Frage erörtert, ob nicht „jeder Mitgliedstaat einen dem Außenministerium zugeordneten Europa-Staatssekretär ernennen solle“.<sup>56</sup> Den Staats- und Regierungschefs gelang es sich jedoch nicht, sich auf eine gemeinsame Position zu verständigen.

Dies lässt sich auch darauf zurückführen, dass die Europapolitik kein eigenständiges Politikfeld markiert, sondern vielmehr unterschiedliche Politikfelder miteinander vereint. Deshalb lässt sich eine Koordination von Europapolitik auch nur schwerlich auf einem Gebiet allein umsetzen. Zu viele selbständige Ressorts oder Ministerien sind von den Auswirkungen der Europäischen Gemeinschaft bzw. der Europäischen Union betroffen und müssen infolgedessen sehr unterschiedliche Probleme mit ihrem Fachwissen jeweils selbstständig bearbeiten. Ein mit größeren Kompetenzen ausgestattetes Europaministerium erscheint auf nationaler Ebene in Deutschland bis heute nicht realistisch. Zu groß ist der Widerstand der anderen betroffenen Ministerien, da jedes eigene Interessen und Hierarchien besitzt.<sup>57</sup>

54 Vgl. zu dieser heute deutlich stärker untersuchten Forschungsfrage aus deutscher Perspektive vor allem grundlegend Wolfgang Wessels: *Die Öffnung des Staates. Modelle und Wirklichkeit grenzüberschreitender Verwaltungspraxis 1960–1995*, Opladen 2000 sowie Andreas Maurer/Wolfgang Wessels: *The German Case: A Key Moderator in a Competitive Multi-Level Environment*, in: Hussein Kassim/Anand Menon/B. Guy Peters/Vincent Wright (Hg.): *The National Co-ordination of EU Policy. The European Level*, Oxford 2001, S. 101–128.

55 Die Koordinationsaufgaben werden im Kern vom Bundeskanzleramt bei spezifischen AStVI/II-Themen sowie grundsätzlich vom Auswärtigen Amt (AStV II) und vom Wirtschaftsministerium (AStV I) übernommen. Daneben spielt auch der Staatssekretärausschuss für Europaangelegenheiten – unter dem Vorsitz des Auswärtigen Amts – eine wichtige Rolle.

56 Christoph Sasse: *Regierungen, Parlamente, Ministerrat. Entscheidungsprozesse in der Europäischen Gemeinschaft*, Bonn 1975, S. 190.

57 Vgl. zu den Vorteilen einer pluralistischen Interessenvertretung im europäischen Mehrebenensystem Wolfgang Wessels: *EU-Politik – Koordination zwischen Brüssel und Bonn – eine administrativ-politische Mehrebenenfusion*. Stichworte für den Beitrag zur Sektion: „Regierungssystem und Regieren in der Bundesrepublik Deutschland“, Kongress der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft, Bam-

Möglichkeiten, eine stärkere europapolitische Koordinierung in die Wege zu leiten, bieten infolgedessen vor allem Gremien, in denen Vertreter verschiedener Bereiche zusammenfinden, um sich zu beraten und abzustimmen. Auf diese Weise kann dann auch ein fachlicher Austausch auf Grundlage des notwendigen Fachwissens stattfinden, ohne dass Kompetenzen an eine fachfremde Institution bzw. Organisation abgegeben werden müssen. Einen entsprechenden Versuch hatte der DGB mit dem Arbeitskreis Europäische Integration gestartet. Dieser Arbeitskreis existierte deutlich länger als die Abteilung *Europäische Integration* und kann demzufolge als erfolgreicherer Ansatz bewertet werden.<sup>58</sup>

Zu berücksichtigen gilt hierbei indes, dass die hier beteiligten Europabeauftragten nur eine Informationsfunktion besitzen und keine operativen Koordinierungsaufgaben leisten.

Die Aufgabe einer entsprechenden horizontalen Abstimmung hat in der Bundesrepublik lange Zeit das Wirtschaftsministerium übernommen. Dies lässt sich auch darauf zurückführen, dass wirtschaftliche Fragen unvermindert den Politikschwerpunkt der Europäischen Gemeinschaft darstellen. Die zentrale Rolle der Wirtschaftspolitik in EG hat aber auch dazu geführt, dass der DGB in den 1970er Jahren europapolitisch ein Stück weit resignierte. Man hegte die Vorstellung, eine organisierte Sozialpolitik dem gemeinsamen Markt entgegenstellen zu können. Als sich aber abzeichnete, dass dieses Ziel, wenn überhaupt, nur sehr schwer zu erreichen sein würde, schien sich der DGB wieder verstärkt der gewerkschaftlichen Arbeit auf nationaler Ebene zuzuwenden. Die Vermutung liegt nahe, dass die europäische Sozialpolitik fortan nur als Ergänzung zur deutschen Sozialpolitik verstanden wurde. Dafür spricht, dass sich der DGB – trotz zeitweilig anderweitiger rhetorischer Beteuerungen – stets gegen eine einheitliche europäische Arbeitsverwaltung und gegen Kompetenztransfers gestellt hat. Der DGB wollte die Standards der nationalen Sozialpolitik gesichert wissen und in diesem Rahmen auch das Subsidiaritätsprinzip erhalten. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft sehr unterschiedliche Voraussetzungen mitbringen und sich auch im Hinblick auf ihre Sozialsysteme bisweilen fundamental unterscheiden. In diesem Sinne verstand der DGB die europäische Sozialpolitik vor allem als Empfehlung für die Mitgliedstaaten; er wehrte sich aber dagegen, diese zu national bindenden Richtlinien auszubauen. Der DGB verfolgte damit eine Strategie, die später als „transnationale Kommunikations-Option“ bezeichnet wurde.<sup>59</sup> Anfänglich ging auch der DGB davon aus, dass der gemeinsame Markt automatisch zu einer kulturellen und sozialen Integration führe. Als dies jedoch nicht geschah, präsentierte sich der DGB in seinen programmatischen Aussagen und Forderungen europapolitisch deutlich zurückhaltender.

Abschließend ist zu bilanzieren, dass die Abteilung *Europäische Integration* aus primär strukturellen Gründen nicht erfolgreich sein konnte. Eine Wiederholung des Versuches,

berg 15. Oktober 1997 und Martin Große Hüttmann: Die Koordination der deutschen Europapolitik, in: APuZ 10 (2007), S. 39–45.

58 Vgl. hierzu AdsD, DGB-Archiv, Abteilung Europäische Integration, 5/DGCR000042 mit Schreiben der Mitglieder des Arbeitskreises Europäische Integration.

59 Siehe hierzu Wolfgang Schroeder/Rainer Weinert: Euro-Realismus und nationale Skepsis: transnationale Strategien europäischer Gewerkschaften, Workshop des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung, Mannheim 8.–9. April 2003, S. 3.

eine zentrale Koordinierungsstelle wie die Abteilung *Europäische Integration* zu schaffen, würde heute mutmaßlich erneut zum Scheitern verurteilt sein. Da die Europapolitik im Zuge einer anhaltenden sektoriellen Differenzierung noch mehr Politikfelder als in den 1970er Jahren umfasst, die jeweils für sich eine gewisse Handlungsautonomie beanspruchen, ließe sich auch heute eine schlagkräftige Koordinationsstelle nur schwer umsetzen.

Wie dieser Beitrag zeigt, konnte die Abteilung *Europäische Integration* weder die ihr gestellten Aufgaben noch die sich selbst auferlegten Zielsetzungen erfüllen. Sie war indes lediglich ein von mehreren Versuchen, auf die Auswirkungen der europäischen Integration zu reagieren. Seit den 1970er Jahren hat dieser Ansatz vom DGB mit anderen Methoden wieder aufgegriffen worden. Nicht zuletzt Organisations- und Personalentscheidungen spielten dabei als Politikinstrument eine wichtige Rolle. So etwa mit Wilhelm Haferkamp, der als DGB-Vertreter bereits 1967 in die EG-Kommission delegiert wurde und dort 17 Jahre in verschiedenen Ressorts amtierte;<sup>60</sup> mit Heinz Oskar Vetter, der 1974 zum Präsidenten des Europäischen Gewerkschaftsbundes gewählt wurde und dies bis 1979 blieb; mit der Etablierung des Europäischen Gewerkschaftsinstitutes 1978, für dessen Gründung sich vor allem der DGB eingesetzt hatte; erneut mit Heinz-Oskar Vetter, der 1979 für die SPD ins erste direkt bestellte Europäische Parlament gewählt wurde;<sup>61</sup> mit dem DGV-Bundesvorstandsmitglied Alois Pfeiffer, der 1985 in der Nachfolge von Haferkamp Mitglied der Europäischen Kommission wurde und mit Ernst Breit, der als DGB Vorsitzender von 1985–1991 zugleich auch Vorsitzender des Europäischen Gewerkschaftsbundes war. Besondere Bedeutung kommt dem Entschluss des DGB-Bundesvorstandes zu, im Sommer 1997 zur Unterstützung seiner europapolitischen Aktivitäten ein „DGB-Verbindungsbüro Brüssel“ einzurichten.<sup>62</sup>

Kennzeichnend für die Vorgehensweise des DGB bei all diesen Aktivitäten ist eine „Multi-Options-Strategie“. Nicht ein spezifischer Strang oder Zugang wurde ausschließlich verfolgt, sondern es wurden vielmehr mehrere Strategien parallel betrieben. So verfolgte der DGB in den folgenden Jahren sowohl die Politik, sich seinen eigenen, ganz spezifischen Weg nach Brüssel zu suchen als auch weiterhin gemeinsam mit anderen Gewerkschaftsbünden im EGB zu kooperieren. Ein formal etabliertes politisches Koordinierungsgremium existiert hingegen unvermindert nicht.

Eine zentrale Aufgabe künftiger Forschung wird es sein, die Europäisierung des DGB seit Beginn der 1970er Jahre eingehender zu untersuchen.<sup>63</sup> Dabei muss es darum gehen, sowohl die verbandsinternen Anpassungs- und Reaktionsprozesse eingehender aufzuarbeiten, als

60 Vgl. exemplarisch für den hier behandelten Zeitabschnitt: Neue Aufgaben für die Europäische Gemeinschaft. Gespräch mit Wilhelm Haferkamp, in: *Die Neue Gesellschaft* 4 (1972), S. 264–270.

61 Siehe hierzu auch Heinz Oskar Vetter: *Gewerkschaftseinheit für Europa*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 5 (1979), S. 257–266.

62 Von Interesse ist, dass der DGB bereits nach dem Zweiten Weltkrieg ein eigenes Büro beim französischen Gewerkschaftsbund Force ouvrière in Paris einrichtete, das deutsche Arbeitnehmer in Frankreich betreute.

63 Vgl. als praxisnaher Zugang Jochen Gollbach: *Europäisierung der Gewerkschaften. Praktische Ansätze im Spannungsverhältnis nationaler und europäischer Strukturen und Traditionen*, Hamburg 2005.

auch näher zu beleuchten, inwieweit es dem DGB gelang, aktiv die Europapolitik mitzugestalten. Neben inhaltlichen Fragen zur programmatischen Positionsbestimmung ist dabei stets auch einer strukturellen Perspektive im Hinblick auf die Bearbeitung und Abstimmung der Europapolitik Beachtung zu schenken. In diesem Zusammenhang werden u. a. die von der Internationalen Abteilung koordinierten Treffen der AG Europa in der DGB Bundesverwaltung, die Zusammenkünfte der EG-Beauftragten der Einzelgewerkschaften und die Treffen einzelner Arbeitskreise – so etwa des Arbeitskreises „Europäischer Binnenmarkt“ – zu analysieren sein. Darüber hinaus wird der Blick aber auch verstärkt über nationale Grenzen hinweg zu richten sein, um der Frage nachzugehen, inwieweit sich die Wege und Strategien der Gewerkschaften und Gewerkschaftsbünde in den einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union ähnelten oder unterschieden. Zu berücksichtigen wären in diesem Fall Interaktionsformen wie der COREPER Syndical, in dessen Rahmen Vertreter nationaler Gewerkschaften Informationen mit dem EGB-Generalsekretariat austauschten oder interregionale Gewerkschaftsräte in Grenzregionen und grenzüberschreitend tätige Konzernarbeitskreise.<sup>64</sup>

64 Wessels, S. 362.